

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**26.11.2013**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Umwelt und Technik**  
Schriftführung  
Sebastian Höller  
Telefon-Nr.  
**02202-141382**

## **Niederschrift**

**Infrastrukturausschuss**  
**Sitzung am Mittwoch, 25.09.2013**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 20:20 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung am 26.06.2013 - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Infrastrukturausschuss am 26.06.2013 - öffentlicher Teil  
0391/2013**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5      **Mitteilungen des Bürgermeisters****
  
- 6      **Jahresabschluss 2011 "Abfallwirtschaftsbericht"****
  
- 6.1    **Feststellung Jahresabschluss 2011 für den Abfallwirtschaftsbetrieb**  
0502/2013**
  
- 6.2    **Entlastung der Betriebsleitung Abfallwirtschaftsbetrieb für das Wirtschaftsjahr**  
**2011**  
0499/2013**
  
- 7      **Jahresabschluss 2011 "Immobilienbetrieb"****
  
- 7.1    **Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung**  
**"Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"**  
0493/2013**
  
- 7.2    **Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung**  
**"Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2011**  
0494/2013**
  
- 8      **Bauwerksüberwachung und Prüfung von Ingenieurbauwerken gemäß DIN 1076**  
0447/2013**
  
- 9      **Einführung einer 4. Verfahrensstufe auf Kläranlagen zur Spurenstoffelimination**  
0407/2013**
  
- 10     **Alternatives Verkehrskonzept für die Kanalbaumaßnahme Buchholzstraße**  
0445/2013**
  
- 11     **Kanalbaumaßnahme In der Auen - Ackerstraße - Am Eichenkamp**  
0438/2013**
  
- 12     **Neubau der Turnhalle der Gemeinschaftsgrundschule (GGS) Paffrath**  
0480/2013**
  
- 12.1   **Informationen zur Standortsuche Abfallcenter****
  
  
- 13     **Anträge der Fraktionen****
  
- 13.1   **Antrag der CDU Fraktion zur besseren Übersicht über die Maßnahmen des**  
**Abwasserbeseitigungskonzepts**  
0388/2013**
  
- 13.2   **Antrag der FDP-Fraktion zur Verbesserung der Einsatzpläne/Notfallpläne bei**  
**außergewöhnlichen Wetterereignissen**  
0396/2013**

## **14      Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Infrastrukturausschusses, Herr Rolf-Dieter Schacht, eröffnet um 17:00 Uhr die 21. Sitzung des Infrastrukturausschusses in der achten Wahlperiode und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Die Sitzungsteilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis.

Zum Tagesordnungspunkt 10 liegen ergänzende Unterlagen zu den Alternativvarianten als Tischvorlage vor.

Herr Henkel beantragt, den Tagesordnungspunkt 10 zu vertagen und ihn in einer gemeinsamen Sondersitzung von Infrastrukturausschuss und dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr zu behandeln.

*Der Infrastrukturausschuss beschließt einstimmig, bei einer Enthaltung aus den Reihen der SPD-Fraktion, dem Vertagungsantrag zu folgen.*

Herr Schundau beantragt, den Tagesordnungspunkt N 5 in den öffentlichen Teil der Sitzung zu verschieben, da aus seiner Sicht ein großes öffentliches Interesse in dieser Sache bestehe.

Herr Schmickler erläutert, dass ein solches Vorgehen aufgrund der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung unzulässig sei. Er schlägt im Gegenzug vor, einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt als TOP 12.1 mit in die Tagesordnung aufzunehmen, der sich allgemein mit dem Thema „Standortsuche Abfallcenter“ beschäftige.

Im Infrastrukturausschuss besteht Einvernehmen, diesem Vorschlag zu folgen.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung am 26.06.2013 - öffentlicher Teil

=

*Der Infrastrukturausschuss genehmigt einstimmig den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung am 26.06.2013.*

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Infrastrukturausschuss am 26.06.2013 - öffentlicher Teil 0391/2013

*Der Infrastrukturausschuss nimmt den Durchführungsbericht zur Kenntnis.*

#### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Es lagen keine Mitteilungen vor.

## **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es lagen keine Mitteilungen vor.

## **6. Jahresabschluss 2011 "Abfallwirtschaftsbericht"**

### **6.1. Feststellung Jahresabschluss 2011 für den Abfallwirtschaftsbetrieb *0502/2013***

Herr Krell möchte die Gründe wissen, warum die Jahresabschlüsse nicht zeitnäher vorgelegt werden könnten.

Herr Lengenfelder erläutert, dass die Umstellung des Kernhaushaltes auf NKF zum 01.01.2006 auch Auswirkungen auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtungen gehabt habe und dazu führe, dass die Abschlüsse später erfolgten. Pro Jahr könnten jedoch zurzeit 2-3 Monate an Rückstand aufgeholt werden.

Herr Bertram ergänzt, dass zur nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung ein Zeitplan für den Abschluss 2012 vorgelegt werde. Dort könne ein Abschluss im gesetzlichen Rahmen erfolgen. Beim Abwasserwerk arbeite man zurzeit bereits am Jahresabschluss 2012. Immobilienbetrieb und Abfallwirtschaftsbetrieb hatten inhaltlich mehr Probleme mit der Umstellung auf NKF, was zusätzlich durch personelle Engpässe verstärkt wurde.

Herr Komenda möchte wissen, ob der aktuelle Doppelhaushalt zu einer gewissen Entlastung geführt habe oder sogar Mehraufwand entstanden sei.

Herr Bertram erklärt, dass der Doppelhaushalt ein Instrument der Planung sei. Die Jahresabschlüsse müssten dennoch jährlich erfolgen, so dass keine Entlastung entstanden sei.

Herr Rudert von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner erläutert anhand einer Präsentation die Jahresabschlüsse 2011 für den Abfallwirtschaftsbetrieb und den Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Dr. Fischer bittet darum, dass die schriftliche Beantwortung seiner im Vorfeld gestellten Fragen aufgrund des allgemeinen Interesses mit in die Niederschrift aufgenommen wird. Die Unterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Komenda führt an, dass 2015 eine kostendeckende Miete eingeführt werden soll. Dies sei bereits im Vorjahr für 2014 angekündigt worden. Zudem möchte er wissen, nach welchen Kriterien und Strategien die Stadt Grundstücksgeschäfte, auch für die Zukunft, tätige.

Herr Schmickler erläutert, dass die Thematik Kostendeckende Miete inkl. Zeitplanung im vom Rat beschlossenen Haushaltssicherungskonzept abgebildet sei. Im Hinblick auf die Grundstücksgeschäfte gebe es keine klassische Bodenvorratspolitik mehr. Es wurde statt dessen ein strategisches integriertes Stadtentwicklungskonzept beschlossen. So gebe es zum einen kein Erfordernis mehr, in großem Maße landwirtschaftliche Flächen aufzukaufen und in Bauland umzuwandeln. Zum anderen seien neue Gewerbeflächen nach wie vor ein Thema, da weiterhin Bedarf an neuen Flächen bestehe. Es sei jedoch ein Ziel, dass nach Möglichkeit auch alte Gewerbeflächen reaktiviert werden.

Herr Santillán möchte wissen, warum die Pensionsrückstellungen nun in den Kernhaushalt verlagert wurden. Dies würde seiner Meinung nach der Idee des NKF widersprechen.

Herr Rudert erläutert, dass die anteiligen Altersvorsorgebeträge weiterhin durch den Betrieb geleistet würden. Allerdings nicht direkt an die Anspruchsberechtigten, Versorgungskassen oder Rückstellungen, sondern per Umlage an den städtischen Kernhaushalt. Der Aufwand in der Gewinn und Verlustrechnung habe sich durch Umgliederung in der Bilanz nicht verändert.

Herr Henkel spricht sich ausdrücklich für eine schnelle Einführung der Kostenmiete aus. Die CDU werde nach den Haushaltsberatungen im Oktober die Kämmerei bitten zu prüfen, welche Auswirkungen auf das HSK eine um ein Jahr vorgezogene Einführung der Kostenmiete habe.

Herr Ebert möchte wissen, ob die Verwaltung in der Lage sei, die Zahlen für die Kostendeckende Miete zum genannten Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen.

Herr Bertram erläutert, dass eine Konzeption zur Berechnung der Kostenmiete bereits vorliege. Es müsse lediglich noch über Rahmenparameter, z.B. Höhe des kalkulatorischen Zinssatzes, Preisindex usw. eine Abstimmung erfolgen. Die Zahlenbasis müsse zudem nochmals aktualisiert werden. Nach Einführung der Kostenmiete sei im Kernhaushalt allerdings auch eine solide Gegenfinanzierung erforderlich, welche bisher allerdings noch nicht realisiert werden konnte, so dass die Einführung von 2014 auf 2015 verschoben wurde.

Der Infrastrukturausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE/BfBB, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

**Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW**

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2011 in Aktiva und Passiva mit 10.089.690,29 €  
  
Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von 4.449,22 € fest.
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2011 fest.
3. Es wird empfohlen, den Jahresüberschuss in Höhe von 4.449,22 € zur Stärkung des Eigenkapitals der allgemeinen Rücklage des Abfallwirtschaftsbetriebs zuzuführen.

6.2. Entlastung der Betriebsleitung Abfallwirtschaftsbetrieb für das Wirtschaftsjahr 2011  
0499/2013

Ohne Diskussion beschließt der Infrastrukturausschuss einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE/BfBB, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

**Der Infrastrukturausschuss erteilt die Entlastung der Betriebsleitung des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2011.**

7. **Jahresabschluss 2011 "Immobilienbetrieb"**

7.1. **Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"**

0493/2013

Diskussion siehe Niederschrift zu Tagesordnungspunkt 6.1.

*Der Infrastrukturausschuss empfiehlt dem Rat mehrheitlich, bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE/BfBB, dem Beschlussvorschlag zu folgen.*

**Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW**

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2011 in Aktiva und Passiva mit 327.136.223,81 €  
sowie die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von 1.744.414,95 €  
fest.
4. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2011 fest.
5. Der Jahresfehlbetrag 2010 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

7.2. **Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2011**

0494/2013

*Ohne Diskussion beschließt der Infrastrukturausschuss mehrheitlich, bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE/BfBB, dem Beschlussvorschlag zu folgen.*

**Der Infrastrukturausschuss erteilt die Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“) für das Wirtschaftsjahr 2011.**

8. **Bauwerksüberwachung und Prüfung von Ingenieurbauwerken gemäß DIN 1076**

0447/2013

Herr Wagner (CDU) bittet darum, dass neben den in der Vorlage aufgeführten Bauwerken, welche in der Verantwortung des Abwasserwerks liegen, eine komplette Liste der betroffenen städtischen Brückenbauwerke erstellt und mit einer Kostenprognose versehen wird, da diese Kosten ja den normalen Haushalt betreffen.

Herr Wagner ergänzt, dass in der Vorlage bei den Kosten nicht nur die Erstellung des Brückenbuches berücksichtigt wurde, sondern auch die Kosten der regelmäßigen Überprüfungen. Die Kosten für ggfs. erforderliche Sanierungen sind jedoch kein Bestandteil.

Herr Henkel möchte wissen, wie der Betrag von 1,2 Mio. Euro für die nächsten sechs Jahre kalkuliert wurde.

Herr Wagner erklärt, dass man sich Gutachter bedient und auf Richtwerte zurückgegriffen habe. Die Eigenleistungen wurden selber geschätzt.

Herr Henkel bittet um einen Erfahrungsbericht im nächsten Jahr und um Mitteilung, ob der Kostenrahmen eingehalten werden konnte.

Herr Kremer ergänzt, dass neben den 211 Bauwerken des Abwasserwerks im Bereich Verkehrsflächen 126 Bauwerke und im Bereich Stadtgrün 42 Bauwerke betroffen sind. Im Bereich Verkehrsflächen kämen zudem noch die Stützwände hinzu. Der Bereich Verkehrsflächen habe allerdings bereits Mittel für die Überprüfung in den Haushalt eingestellt.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, welcher Mehraufwand durch die Einführung des Brückenbuchs gemäß der DIN-Norm im Vergleich zu den letzten Jahren entstehe.

Herr Wagner erklärt, dass im Rahmen der Selbstüberwachungsverordnung die Bauwerke auch bislang regelmäßig kontrolliert wurden bzw. die Sichtungen Bestandteil der regelmäßigen Wartungs- und Reinigungsarbeiten waren. Die Intensität der Kontrollen ist nun durch die Vorgaben aus der DIN-Norm stark erhöht, so dass ca. 80% zusätzliche Kosten entstehen.

Herr Santillán möchte wissen, ob aufgrund der wiederkehrenden Arbeiten anstelle von Outsourcing nicht neues eigenes Personal für diese Maßnahmen kostengünstiger sei.

Herr Wagner erläutert, dass an dieser Stelle das neu verabschiedete zentrale Controlling greifen würde und diesen Umstand prüfen müsse. Im ersten, nun direkt anstehenden Prüfrhythmus sei dies nicht mehr zu schaffen. Für die Zukunft könnte eigenes Personal für diese Aufgaben jedoch eine günstigere Alternative darstellen.

*Der Infrastrukturausschuss beschließt einstimmig, dem Beschlussvorschlag zu folgen.*

**Der Infrastrukturausschuss beschließt die Durchführung der Maßnahme "Bauwerksüberwachung und Prüfung von Ingenieurbauwerken gemäß DIN 1076" auf Basis der Kostenannahme.**

**9. Einführung einer 4. Verfahrensstufe auf Kläranlagen zur Spurestoffelimination**  
*0407/2013*

Herr Ebert möchte wissen, ob es auf das Schreiben an den Städte- und Gemeindebund schon eine Antwort gebe.

Herr Wagner erklärt, dass noch keine Antwortschreiben vorliege.

Herr Dr. Steffen, Herr Santillán und Herr Dr. Winzen sprechen sich in Ihren jeweiligen Wortbeiträgen dafür aus, dass die Vermeidung der Verschmutzungsursachen der bessere Ansatz im Vergleich zu einer kostenintensiven Technik an der Kläranlage sei.

Herr Dr. Fischer schlägt vor, die Landtagsabgeordneten darauf hinzuweisen, dass diese das Schadenspotential klären. Es solle nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen werden, da ein solches Vorgehen dem Bürger und Gebührenzahler nicht verkauft werden könne. Bei einem



konkreten Schaden könne dies jedoch besser der Öffentlichkeit dargestellt werden und es gäbe eine konkrete Handlungsgrundlage.

Herr Kamp regt an, dass das Abwasserwerk dem jährlichen Abwasserbescheid einen Flyer beifügt, welcher Erläutert, welche Dinge nicht in das Abwasser gehören.

Herr Wagner erklärt, dass es seit dem Tag der Offenen Tür 2012 einen aktuellen Flyer zu diesem Thema gebe.

*Der Infrastrukturausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.*

**10. Alternatives Verkehrskonzept für die Kanalbaumaßnahme Buchholzstraße**  
*0445/2013*

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig auf eine gemeinsame Sondersitzung des Infrastrukturausschusses mit dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vertagt (siehe Niederschrift zu Tagesordnungspunkt 1).

**11. Kanalbaumaßnahme In der Auen - Ackerstraße - Am Eichenkamp**  
*0438/2013*

Herr Wagner erläutert, dass die dort gelegene Tankstelle jederzeit eine Zu- und Abfahrtmöglichkeit haben werde. Die gesamte Baumaßnahme sei in vier Bauabschnitte aufgeteilt, die jeweils als Wanderbaustellen durchgeführt würden, so dass die Eingriffe immer nur punktueller Natur seien und nicht die ganze Strecke geöffnet werde.

*Der Infrastrukturausschuss beschließt mehrheitlich, bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE/BfBB, dem Beschlussvorschlag zu folgen.*

**Der Infrastrukturausschuss stimmt dem geplanten Baubeginn bezüglich der Kanalbaumaßnahme**

- **Hydraulische Sanierung des Regenwasserkanals in den Straßen:  
In der Auen – Ackerstraße – Am Eichenkamp  
ABK-Nr.: 01.01.370 geplanter Baubeginn: 05.02.2014**
- **Neubau RKB Am Eichenkamp  
ABK-Nr.: 01.01.305 geplanter Baubeginn: 05.02.2014**

**auf Grundlage der nachfolgenden Erläuterung zu.**

Herr Dr. Winzen (SPD-Fraktion) ist während der Abstimmung nicht im Plenum.

**12. Neubau der Turnhalle der Gemeinschaftsgrundschule (GGS) Paffrath**  
*0480/2013*

Herr Ebert möchte wissen, wie sich die Auslastung der Sporthalle durch die Schule darstellt.

Herr Möltgen erläutert, dass die Auslastung durch die Schulen bei den kleinen Turnhallen bei 55% liege. Bei den größeren Sporthallen wäre dieser Satz aufgrund der Wochenendbelegung durch Vereine etwas geringer.

Der Infrastrukturausschuss beschließt einstimmig, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

### **Der Infrastrukturausschuss beschließt vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung den Neubau der Turnhalle der GGS Paffrath.**

Herr Dr. Winzen (SPD-Fraktion) ist während der Abstimmung nicht im Plenum.

#### **12.1. Informationen zur Standortsuche Abfallcenter**

Herr Schmickler erläutert nochmals die Hintergründe, welche zur Findung des vorliegenden Standortvorschlags im Gewerbegebiet Hermann-Löns-Straße geführt haben. Für ein solches Abfallcenter/Recyclinghof gibt es bestimmte Standortanforderungen, u.a. eine Mindestgröße der Fläche und die verkehrliche Anbindung. Nach bestehender Beschlusslage des Infrastrukturausschusses sollte eine zentrale Fläche im innerstädtischen Bereich gefunden werden. Nach Abwägung der Kriterien sei man auf den Standort im Gewerbegebiet Hermann-Löns-Straße gekommen. Der in Frage kommende Bereich gehört einem einzelnen Eigentümer und ist von seiner Größe ausreichend. Das Grundstück liegt im Geltungsbereich eines seit ca. 13 Jahren rechtskräftigen Bebauungsplan, welcher dort ein Gewerbegebiet ausweist, so dass im Hinblick auf Planungsrecht, Immissionsschutz usw. nach einer ersten Vorprüfung keine Probleme im Baugenehmigungsverfahren zu erwarten sind. Die Zufahrt erfolge nicht über die Hermann-Löns-Straße, sondern direkt aus dem Gewerbegebiet und damit nicht im Konflikt mit der angrenzenden Wohnbebauung. Aufgrund der Lage in einem bestehenden Gewerbegebiet sei der Vorschlag eine gute Lösung. Zumal keine anderen Alternativstandorte gefunden werden konnten, welche den Anforderungskriterien u.a. im Hinblick auf Größe und Erschließungssituation genügen.

Herr Carl erläutert, dass aufgrund der bekannten Situation auf dem jetzigen Betriebshof in Obereschbach gewisse zeitliche Zwänge bestehen, um einen Alternativstandort zu finden. Die vorhandenen wasserrechtlichen Zustände werden vom Kreis nur geduldet bis kurzfristig eine angemessene Planung für eine Sanierung des Standorts vorgelegt werden könne. Voraussetzung für die Sanierung sei, dass gewisse Bestandteile, u.a. das Abfallcenter, verlagert werden. In Zusammenarbeit mit dem Bereich Stadtplanung/Stadtentwicklung wurden ausdrücklich alle freien Flächen, egal ob in privatem oder städtischem Besitz, auf ihre Eignung im Hinblick auf Zufahrtsmöglichkeit, Belastung, planungsrechtliche Realisierbarkeit usw. geprüft. Es wurde kein geeigneter Standort gefunden. Auch der jetzige Vorschlag war zu Beginn der Prüfung nicht geeignet, da für eine Teilfläche bereits ein anderer Interessent vorhanden war und die Restfläche zu gering gewesen wäre. Durch Verhandlungen konnte eine andere Lösung für den Interessenten gefunden werden, so dass die Fläche nun komplett zum Ankauf zur Verfügung stehe und damit den Anforderungen an die Größe entspreche.

Der Standortvorteil liege in der zentrale Lage und guter Erreichbarkeit für alle Bürger, die dort alle Angebote nutzen könnten. Diese umfassen nicht nur die Möglichkeit zur Abgabe bestimmter Abfallarten, sondern auch der Tausch von Mülltonnen, Kauf von Abfallsäcken, Abgabe von Abfallkalendern usw. Die Anlage ist als Servicestandort konzipiert und kein reiner Entsorgungsstandort. Zudem soll der Betriebsbereich der manuellen Innenstadtreinigung dorthin verlagert werden, so dass die weiten Anfahrtswege und –Zeiten entfallen, welche bislang erforderlich sind. Bisher sind 1/3 der Arbeitszeiten der Innenstadtreinigung durch Fahrzeiten belegt. Ziel sei u.a., 50% des Sperrmülls durch ein attraktives, kostenfreies Angebot vom Holsystem auf ein Bringsystem zu verlagern. Dies bedingt einen zentral und gut erreichbaren Standort. Es wird mit

rund 140 Anlieferfahrten pro Tag gerechnet, was ca. 20 Fahrzeugen pro Stunde entsprechen. Dieser Anlieferverkehr mache sich im Verkehrsfluss und auch in der Belastung der Nachbarschaft kaum bemerkbar. Ein Lärmschutzgutachten ist in Auftrag gegeben, die ersten Ergebnisse belegen, dass auch ohne zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen die im Gewerbegebiet zulässigen Grenzwerte eingehalten werden können. Es sollen dennoch zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen zwischen Baugrundstück und dem nach Bebauungsplan verbindlichen Grünstreifen entlang der Hermann-Löns-Straße getroffen werden.

Herr Carl bittet darum, diese für den Bürger sehr wichtige Entscheidung nicht mit der Frage über den Lärmschutz zu zerreden. Hierfür gebe es das Genehmigungsverfahren, welches bei der Bezirksregierung geführt werde und sich nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz richte. Wenn an gleicher Stelle ein privater Entsorgungsbetrieb geplant wäre, welcher die gleichen Rahmenbedingungen erfülle, so gäbe es einen Rechtsanspruch auf eine Genehmigung.

Mit der zuständigen Sachbearbeiterin bei der Bezirksregierung, den Immissionsschutzfachleuten und dem Lärmschutzgutachter sind Abstimmungsgespräche geplant.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, welche Bereiche am Standort Obereschbach verbleiben und ob durch die Verlagerungen bei der dort notwendigen Sanierung Einsparungen erzielt werden könnten.

Herr Carl erklärt, dass in Obereschbach der klassische Abfallwirtschaftsbetrieb mit den Großkehrmaschinen, der kompletten Müllabfuhr, der zentralen Werkstatt, Tonnenreinigung und Tonnenmanagement verbleiben soll. Die Verlagerung der Innenstadtreinigung betrifft 6-7 Mitarbeiter. Durch die Verlagerung könnten Flächen und Gebäude eingespart werden, welche nicht saniert werden müssten. Auch die ursprüngliche Planung mit einem kostenaufwendigen Eingriff in den Teich entfalle bei einer Verlagerung. Es könne ein Betrag eingespart werden, welcher ungefähr den Investitionskosten, mit Ausnahme der Grundstückskosten, am neuen Standort entsprechen.

Herr Ebert führt an, dass an selber Stelle Einzelhandel angesiedelt werden sollte und der zusätzliche Verkehr nicht mehr möglich gewesen wäre, so dass das Projekt nicht umgesetzt wurde. Er hätte gerne den planungsrechtlichen Aspekt der Verkehrsanbindung näher erläutert. Zudem möchte er wissen, was mit dem Grundstück geschehe, wenn heute der Kauf beschlossen würde und das noch nicht abgeschlossene Genehmigungsverfahren ein negatives Ergebnis habe. Des Weiteren möchte er Informationen zum Thema möglicher Geruchsbelästigungen durch das Abfallcenter haben.

Herr Schmickler erklärt, dass bei dem in der Nachbarschaft des Gewerbegebietes geplanten Einzelhandel die Verkehrsfrequenz auf der Hermann-Löns-Straße als zu gering erachtet wurde. Man wollte damals eine bestimmte Mindestfrequenz um eine gewisse Laufkundschaft zu erreichen. Diese Zahlen wurden nicht erreicht, so dass bis heute die Baumöglichkeiten für den Einzelhandel im Bereich zwischen Wohnquartier und Gewerbegebiet nicht ausgenutzt wurden.

Herr Carl ergänzt, dass die Eignungsprüfung noch nicht abgeschlossen sei und genau aus diesem Grund im Beschlussvorschlag ein Vorbehalt enthalten sei. Der Grundstückskauf werde erst dann erfolgen, wenn von der Bezirksregierung ein entsprechend positives Signal käme.

Da keine Annahme von feuchten Abfällen, Restmüll, Grün- & Bioabfällen usw. am geplanten Standort erfolge, wird es keine Geruchsbelästigungen geben. Angenommen werden dort Metalle, Sperrmüll, Bauschutt, Elektrogeräte o.ä.

Herr Schundau spricht sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen den Verwaltungsvorschlag aus, da direkt angrenzende an die Hermann-Löns-Straße gegenüberliegend dem geplanten Standort Wohnbebauung liege. Zudem treffe die Standortwahl den Stadtteil Gronau, welcher aus seiner Sicht vom Verkehr und ähnlichen Einrichtungen, wie z.B. dem Bauhof in der Ferdinandstraße bereits überlastet sei.

Herr Kremer erläutert, dass man den Begriff Überlastung konkreter definieren müsse. Gerade aufgrund der Situation dort habe man im Vorfeld bereits Lärmschutz und Verkehrsanbindung geprüft und sei zu einem positiven Ergebnis gekommen.

Herr Kamp möchte wissen ob die Errichtung eines Wertstoffhofes/Abfallcenters eine Verpflichtung oder eine freiwillige Aufgabe darstelle und ob aufgrund der Verlagerung in einen weiteren Standort zusätzliches Personal erforderlich werde. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Wertstoffsammlung nicht durch Privatunternehmen durchgeführt werden könne und ob ein solches Vorhaben überhaupt schwarze Zahlen schreibe.

Herr Schmickler erläutert, dass nicht in allen Teilbereich schwarze Zahlen geschrieben werden könnten, da die Wertstoffmärkte großen Preisschwankungen unterliegen. In den vergangenen Jahren konnten in vielen Bereichen jedoch durchaus positive Ergebnisse für die Stadt und den Kreis erzielt werden. Durch die zentralere Lage können die Erfassungsquoten zudem deutlich erhöht werden. Das Ergebnis werde sich dadurch verbessern.

Zusätzliches Personal wird nicht erforderlich, da es bereits heute eine Trennung in unterschiedliche Betriebsteile gebe. Durch die zentrale Lage und wegfallende Fahrtzeiten sind hingegen sogar Vorteile zu erwarten.

Bezüglich der Verpflichtung zur Umsetzung wurde im April im Infrastrukturausschuss ein entsprechender Beschluss gefasst, der nun umgesetzt werden soll. Viele der Teilbereiche des Abfallwirtschaftsbetriebes sind Pflichtaufgaben, welche an einem vernünftigen Standort durchgeführt werden müssen.

Herr Carl ergänzt, dass die in Bergisch Gladbach zurzeit tätigen privaten Entsorgungsunternehmen auf den jeweiligen Betriebsgeländen ebenfalls keine ausreichenden Flächen für die Übernahme dieser Aufgaben hätten. Das neue Abfallwirtschaftsgesetz gebe zudem ab dem 01.01.2015 die Verpflichtung für die Kommunen, Holz und Kunststoffe separat zu erfassen.

Frau Reudenbach äußert ebenfalls Bedenken gegen den Standort in Gronau. Sie möchte wissen, ob nicht der Bauhof mit in diesen Bereich integriert werden könnte.

Herr Carl erklärt, dass diese Zusammenlegung von Abfallwirtschaftsbetrieb und Bauhof die ursprüngliche Intention war und aufgrund der mannigfaltigen Synergieeffekte durchaus von der Verwaltung favorisiert wurde. Für diese Lösung würden jedoch noch weitaus größere Flächen von ca. 35.000 – 40.000 m<sup>2</sup> benötigt, welche zurzeit in Bergisch Gladbach nicht zu finden sind.

Herr Santillán bezweifelt, dass es keine Standortalternativen zum jetzigen Vorschlag gibt und bittet darum, dem Ausschuss Alternativen zu präsentieren, die durch den Ausschuss dann geprüft werden könnten. Er wünscht sich eine Bürgerbeteiligung zu diesem Thema, bevor die Verwaltung an dieser Stelle einen konkreten Grundstückankauf plane.

Herr Schundau erscheint es nicht glaubwürdig, dass es keine weiteren Alternativen gebe und beantragt daher eine Vertagung, damit weitere Alternativen beispielsweise im Gewerbegebiet Zinkhütte durch die Verwaltung geprüft und dem Ausschuss vorgelegt werden könnten.

Herr Ebert bittet um Vorlage der Liste mit den von der Verwaltung geprüften Alternativstandorten mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen, damit die Alternativlosigkeit des Verwaltungsvorschlags überprüft werden könne und eine eigene Meinungsbildung darüber möglich sei.

Herr Schmickler schlägt vor, dass im Anschluss an die bereits geplante Sondersitzung des Infrastrukturausschusses mit dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr (siehe Niederschrift zu Tagesordnungspunkt 1) dieser Punkt im Rahmen einer Sondersitzung besprochen

werden könnte und die Verwaltung hierzu dann die geprüften Alternativen mit der jeweiligen Bewertung vorlege.

Sodann lässt Herr Schacht über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Infrastrukturausschuss beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt N 5 „Erwerb eines Grundstückes zur Errichtung eines Abfallcenters durch die EBGL GmbH“ auf eine kurzfristig einzuberufende Sondersitzung des Infrastrukturausschuss zu vertagen.

Herr Krell verlässt um 20:05 Uhr die Sitzung.

### **13. Anträge der Fraktionen**

#### **13.1. Antrag der CDU Fraktion zur besseren Übersicht über die Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzepts 0388/2013**

Herr Henkel erklärt, dass die CDU eine regelmäßige Information für notwendig erachte. Eine Information, welche nur einmal im Jahr gegeben werde, sei nicht ausreichend.

Herr Sprenger und Herr Santillán verlassen um 20:07 Uhr die Sitzung.

Herr Wagner erläutert, dass u.a. aus diesem Grund vor kurzem das Investitionscontrolling beschlossen wurde, welches jede Maßnahme intensiv begleite und darüber informiere. Zudem müsse die Bezirksregierung über jede Veränderung informiert werden und im Rahmen der Quartalsberichte würden ebenfalls aktuelle Informationen präsentiert. Daher sollten die Information gebündelt erfolgen, damit keine doppelte Arbeit entstehe.

Herr Kremer sagt zu, dass die Verwaltung überlegt, wie die vielen Informationen gebündelt den Weg in die Fraktionen finden können und eine pragmatische Lösung erarbeitet wird.

#### **13.2. Antrag der FDP-Fraktion zur Verbesserung der Einsatzpläne/Notfallpläne bei außergewöhnlichen Wetterereignissen 0396/2013**

Herr Dr. Fischer erklärt, dass man die Stellungnahme von Seiten der FDP zur Kenntnis genommen habe und sehe, dass die Verwaltung auf dem richtigen Weg sei.

### **14. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Dr. Fischer (FDP) weist auf eine Unstimmigkeit in der Vorlage zu Tagesordnungspunkt 10 auf S. 173 der Einladung hin, welche bis zur Sondersitzung geprüft und korrigiert werden sollte.

Herr Wagner erklärt, dass der Planer für die Variante 2 fälschlicherweise von falschen Vorgaben ausgegangen sei. Mit der heute vorgelegten Tischvorlage läge eine korrigierte Fassung vor.

Der öffentliche Teil der Sitzung endete um 20:15

Rolf-Dieter Schacht  
Ausschussvorsitzender

gez. Sebastian Höller  
Schriftführung